



Kommunen von **Sozialleistungen** befreien

CDU-Generalsekretär Laurenc Meyer hat die Bundesregierung aufgefordert, Städte und Gemeinden bei den Aufwendungen für die Sozialhilfe zu entlasten. „Die Leistungen für Behinderte sollten neu organisiert werden“, sagte Meyer. Notwendig

sei „ein gesondertes Leistungsgesetz für Behinderte, um die Unterstützung für diese Menschen gesamtstaatlich zu verankern“. Die Finanzierung müsse von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen werden.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANDREAS STORM:
Der Irrweg der
Bürgerversicherung
SEITE 3

TERRORISMUS
RAF-Ausstellung ohne
Wenn und Aber absagen
SEITE 5

DOKUMENTATION
Positionspapier zur
Land- und Forstwirtschaft
INNENTEIL

■ LKW-Maut verschoben – Stolpe zieht Notbremse (Seite 6) ■ Saarland im Vergleich der 16 Bundesländer mit der größten wirtschaftlichen Dynamik (Seite 6–7) ■ Anhörung der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg zum Wahlverhalten von Frauen (Seite 7) ■ Flugblatt der Woche (Seite 8) ■ Peter Götz: Gemeindefinanzen seriös reformieren (Seite 9) ■ Gerda Hasselfeldt zur Dürre in der Landwirtschaft: Nicht abwarten sondern handeln (Seite 9) ■ Ursula Heinen: Verbraucherministerium überzieht maßlos (Seite 10) ■ Katharina Reiche: Abgaben verhindern neue Arbeitsplätze (Seite 11) ■ MIT-Ländervergleich: NRW verliert den Anschluss (Seite 12) ■ Kurz & bündig (Seite 13)

Fortsetzung von Seite 1

Der CDU-Generalsekretär wies darauf hin, dass die Ausgaben der kommunalen Sozialämter für Behinderte seit 1994 von 6,4 Milliarden Euro auf elf Milliarden Euro angestiegen seien. Hier wirke sich der medizinische Fortschritt „höchst erfreulich“ auf die Lebenserwartung behinderter Menschen aus. „Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass damit Kosten auf die Allgemeinheit zukommen“, unterstrich Meyer. Es müsse vielmehr darum gehen, diese Kosten, die noch erheblich zunehmen dürften, „gerecht zu verteilen“.

Vor allem die Bundesregierung sei hier verpflichtet, Abhilfe zu schaffen. Denn mit ihrer Steuergesetzgebung habe sie alles dafür getan, ihre Ausgaben auf die unteren Ebenen abzuwälzen. Das zeigten die Pläne zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ebenso wie die Vorschläge zur Reform der Gewerbesteuer. „Insgesamt ist Rot-Grün entschei-

dend mit dafür verantwortlich, dass die Kommunen in ein finanzielles Desaster gerutscht sind“, erklärte Meyer. Vor allem sollte Finanzminister Eichel „nicht versuchen, ein Programm zu machen, das angeblich den Kommunen helfen soll, dafür aber dann die Länder in die Verschuldung reißt“.

Deshalb schlage die Union im Rahmen eines Sofortprogramms für das Jahr 2004 vor, die alte Höhe der Gewerbesteuerumlage wieder herzustellen. Auf diese Weise würden in die kommunalen Kassen 2,5 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen fließen. Außerdem mahnte der Generalsekretär eine Reform der föderalen Ordnung an, um die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Teilen neu zu regeln. Hier zeichnet sich inzwischen auch bei Rot-Grün eine Bereitschaft ab, über das Thema zu sprechen. So planen Bundestag und Bundesrat bereits für den Herbst die Einsetzung einer Verfassungskommission.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@edu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-1 11/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-1 23, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANDREAS STORM:

Der Irrweg der Bürgerversicherung

Andreas Storm rechnet in einem Wortbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (F.A.Z.) vor, warum eine Bürgerversicherung bei der Gesetzlichen Krankenversicherung keinen Sinn macht: „Ein reformbedürftiges System wird nicht dadurch besser, dass weitere Teile der Bevölkerung mit einbezogen werden“:



Der Grundgedanke erscheint auf den ersten Blick bestechend: Alle zahlen in einen Topf, keiner kann sich der „Solidarität“ entziehen. Was zunächst so anziehend klingt, erweist sich bei näherem Hinsehen als Irrweg. Denn ein reformbedürftiges System wird nicht dadurch besser, dass weitere Teile der Bevölkerung mit einbezogen werden. Wer Beiträge zahlt, erwirbt auch Leistungsansprüche – dies gilt in der Krankenversicherung genauso wie bei der Altersversicherung.

Mit den Einnahmen steigen daher auch die Ausgaben, und niemand wird behaupten wollen, dass Beamte und Selbstständige wesentlich gesünder seien als der Rest der Bevölkerung. Statt einer spürbaren Entlas-

terung der Krankenversicherten droht somit zunächst nur ein finanzielles Nullsummenspiel, und was „gerecht“ aussieht, weil es alle gleichermaßen einbezieht, ist deswegen noch lange nicht sachgerecht.

Mit der Idee einer „Bürgerversicherung“ ist neben der Erweiterung des Beitragszahlerkreises auch die Einbeziehung weiterer Einkunftsarten wie Mieten und Kapitalerträge in die Beitragspflicht verbunden – und zwar nicht nur bei Selbstständigen, sondern gerade auch bei Arbeitnehmern und Rentnern.

Belastet würden dabei alle Einkünfte bis zur Beitragsbemessungsgrenze, die derzeit bei 3.450 Euro monatlich liegt. Es liegt auf der Hand, dass dies vor allem die Leistungsträger aus den mittleren Einkommenschichten empfindlich treffen würde.

Zu bedenken ist ferner, dass mit der geplanten Einführung einer Abgeltungssteuer auf Zinserträge der Standort Deutschland für Kapitalanlagen wieder attraktiver gemacht werden soll.

Weder die Erweiterung des Beitragszahlerkreises noch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage auf andere Einkunftsarten wären somit alleine geeignete Mittel zur nachhaltigen finanziellen Konsolidierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Deshalb zielen die Verfechter der Bürgerversicherung auf eine gleichzeitige massive Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze ab. Zugleich wäre den so genannten Besserverdienenden der Ausweg in die privaten Kassen versperrt.

Sinkende Beitragssätze und eine gleichzeitig erhöhte Beitragsbemessungsgrenze würden zusammengekommen die Lohnnebenkosten bestenfalls konstant halten. Dies zeigt: Es geht den Befürwortern der Bürgerversicherung weder um die Schutzbedürfnisse der nicht gesetzlich Versicherten noch um eine Senkung der Lohnnebenkosten, son-

dern einzig und allein um die Erschließung neuer Finanzierungsquellen.

Schon eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung, also auf 5.100 Euro, würde den Höchstbeitrag zur Krankenversicherung von knapp 500 auf 730 Euro pro Monat katapultieren. Es fragt sich, wie eine solche massive Mehrbelastung bei einem einheitlichen und vom Beitrag unabhängigen Leistungskatalog gerechtfertigt werden könnte.

Auch eine verpflichtende Sozialversicherung muss stets ihren Grundzweck im Auge behalten: die solidarische Absicherung von Lebensrisiken, die den einzelnen überfordern würden. Wo die Versicherungs- und Beitragspflicht auf den Zweck einer steuerähnlichen Einnahmenerzielung ohne konkrete Gegenleistung reduziert wird und die bloßen Umverteilungseffekte überhandnehmen, entzieht eine Sozialversicherung sich selbst die Legitimation.

Die zwangsweise Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen würde die Auflösung der bestehenden privaten Krankenversicherungsverträge voraussetzen. Ob ein solcher Eingriff in die Vertragsfreiheit und die wirtschaftliche Betätigungsfrei-

heit der privaten Krankenversicherungen (PKV) verfassungsrechtlich zulässig ist, erscheint höchst zweifelhaft. Zumindest wären lange Übergangsfristen unvermeidbar.

Ein politisch noch gravierenderes Problem stellt sich im Hinblick auf die Beamten, die bisher von ihrem Dienstherrn eine Beihilfe im Krankheitsfall erhalten und für die verbleibenden Kosten aus eigenen Mitteln eine private Krankenversicherung abgeschlossen haben. Eine Einbeziehung der Beamten in eine Bürgerversicherung würde den öffentlichen Arbeitgebern auf einen Schlag Arbeitgeberbeiträge in Milliardenhöhe auferlegen.

Hinzu kommt, dass eine vollständige Kürzung der Nettobezüge zur Finanzierung der Arbeitnehmerbeiträge kaum machbar sein dürfte. Die Einbeziehung der Beamten in die Gesetzliche Kranken- und gegebenenfalls Rentenversicherung hätte deshalb massive Steuererhöhungen zur Folge, um die entstehende Beitragslast der öffentlichen Haushalte aufbringen zu können. Dies erscheint weder machbar noch sinnvoll. Besser wäre es deshalb, die Reformen in der Gesetzlichen Krankenversicherung ebenso wie bei der Rente wirkungsgleich auf die Beamten zu übertragen.

An den Ursachen der Reformbedürftigkeit, namentlich Arbeitslosigkeit und demografischer Wandel, ändert auch die Bürgerversicherung nichts, denn diese wäre ja auch rein umlagefinanziert. Zudem würde eine derartige Einheitskasse ohne echten Wettbewerb die Ausgabendynamik, die sich aus dem Zusammenspiel von demografischem Wandel und kostenträchtigem medizinisch-technischem Fortschritt ergibt, keinesfalls besser bremsen als der heute bestehende Wettbewerb innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie zwischen gesetzlichen und privaten Kassen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es völlig unverstänlich, warum die Befürworter einer Bürgerversicherung das funktionierende System der privaten Krankenversicherungen zerschlagen und seine Überreste einer umlagefinanzierten Einheitskasse einverleiben wollen. Mit Alterungsrückstellungen von über 70 Milliarden Euro ist die private Krankenversicherung weitaus besser als die gesetzliche auf die Alterung unserer Bevölkerung vorbereitet. Zukunftsweisend wäre daher die Ergänzung der Gesetzlichen Krankenversicherung um kapitalgedeckte Vorsorgeelemente.

RAF-Ausstellung ohne Wenn und Aber absagen

Die geplante Ausstellung über die Terrororganisation Rote Armee Fraktion (RAF) in Berlin stößt bei CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer auf grobe Ablehnung. „Man sollte die Ausstellung ohne Wenn und Aber absagen“.

Es sei ihm völlig unverständlich, warum die Verantwortlichen der Bundeszentrale für politische Bildung nicht von vornherein sensibler bei diesem Thema reagiert hätten. „Bei der RAF geht es nicht um Ideale, sondern um Terror und Mord an Unschuldigen“, sagte der CDU-Generalsekretär.

Kritik kam auch von den Hinterbliebenen der Opfer vergangener RAF-Anschläge: Hergard Rohwedder und Hanns-Eberhard Schleyer hatten bereits Anfang Juli gegen das Projekt protestiert. In einem Satz des NRW-Forums, das die Ausstellung übernehmen wollte, hieß es: „Welche Ideen, Ideale haben ihren Wert durch die Zeit erhalten und können nicht als naiv abgetan werden, was haben wir aus der Geschichte über das Verhältnis von Individuum und Staat, von Möglichkei-



ten der Einflussnahme und über Machtstrukturen gelernt?“. Als unverschämte empfand Frau Rohwedder zudem die Einladung der Ausstellungsmacher, an den Vorbereitungen mitzuwirken. „Ich arbeite nicht an einer Ausstellung über die Mörder meines Mannes mit“, sagte sie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Der CSU-Politiker Peter Gauweiler nannte die Ausstellung in der Bild-Zeitung eine Verunglimpfung von Opfern und deren Angehörigen. Es sei ein falscher Weg, den „Wahn der RAF“ in einer Ausstellung auch noch als erhaltenswert zu feiern. „Die Baader-Meinhof-Terroristen waren Kriminelle der übelsten Art. Sie waren Mörder“, sagte der CDU-Verfassungsrechtler Rupert Scholz. Die Freiheit der Kunst sei

zwar im Grundgesetz abgesichert, sagte Scholz. Sie finde aber ihre Schranken an den Rechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit, aber auch Ehrenschutz, Persönlichkeitsrecht und dem Andenken an lebende und tote Menschen. Das setze der Kunst Schranken. Sie könne nicht beliebig das tun, „was vielleicht aus der sehr subjektiven Motivation des Künstlers entspringt“, fügte er hinzu.

Vertreter von Rot-Grün empfinden die „öffentliche Aufregung“ um die Ausstellung als „völlig unberechtigt“. „Wenn sich Künstler mit der RAF befasst haben, dann muss auch eine Ausstellung zu dem Thema möglich sein“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Christian Ströbele. Kunst sei frei. SPD-Innenexperte Wiefelspütz gibt dagegen zu: „Es gibt nichts, was an der RAF positiv sein könnte“. Die Ausstellung war bereits für den Herbst dieses Jahres geplant, wurde jetzt jedoch auf November 2004 verschoben. Der Hauptstadtkulturfonds fördert das umstrittene Projekt mit 100.000 Euro.

Stolpe zieht Notbremse

Von einem politischen Desaster für die Bundesregierung spricht der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe gestehe mit der nun angekündigten Verschiebung um zwei Monate sein Versagen ein.

Im Namen der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag bedauerte er die „dilettantische Vorgehensweise“ der Bundesregierung bei diesem Projekt. „Das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschlands wird im Ausland dadurch nachhaltig geschä-

digt“, so Lippold. Die unprofessionelle Vorbereitung und die dadurch notwendig gewordene Verschiebung hätten auch gravierende finanzielle Folgen für den Bundeshaushalt.

„Die Bundesregierung hätte seit Monaten wissen können, dass ein Mautstart zum 31. August 2003 nicht funktioniert. Warnsignale wurden genügend gegeben, sowohl durch die Fachpolitiker von CDU und CSU als auch durch die Verbände und andere Experten“, sagte Lippold. Es sei nun stark zu bezweifeln, dass der neu gesetzte Starttermin Anfang November gehalten

werden kann. Nach Einschätzung von Fachleuten könnten die technischen Probleme nicht in Kürze aufgearbeitet werden. Die Anpassung an EU-Vorgaben stehe noch immer im Raum und auch die Frage der Harmonisierung für das deutsche Transportgewerbe werde auch durch die zweimonatige Verschiebung nicht gelöst. Der baden-württembergische Verkehrsminister Ulrich Müller ist ebenfalls skeptisch: „Ich habe nachhaltige Zweifel, ob die Europäische Union die Maut in der jetzigen Fassung und in der jetzigen Praxis genehmigt.“

LÄNDERVERGLEICH

Saarland bei wirtschaftlicher Dynamik vorn

Das Saarland hat unter allen 16 Bundesländern in den vergangenen beiden Jahren die erfolgreichste Wirtschafts- und Ordnungspolitik betrieben, so das Bundesländer-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschafts-Woche. Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln hat die Erstel-

lung des Rankings wissenschaftlich begleitet. Die Studie ist der bislang umfassendste Ländervergleich und bewertet in einem „Dynamik-Ranking“ die wirtschaftliche und reformpolitische Entwicklung der Bundesländer in den Jahren 2000 bis 2002. Die Ergebnisse des Rankings wurden am vergangenen Mittwoch

in Berlin vorgestellt. Das Saarland (116,0 Punkte/Durchschnitt = 100) liegt in dem Ranking knapp vor dem Stadtstaat Bremen (115,7) und dem Flächenland Hessen (113,7). Das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen kommt nur auf Platz 11. Schlußlicht des Rankings ist mit Abstand Berlin (73,8).

Frauen mehr ins **Blickfeld** rücken

Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag hat kürzlich eine Anhörung zum Wahlverhalten von Frauen durchgeführt.

„Frauen beobachten Politik genauer und kritischer als Männer“ unterstrich auch der Fraktionsvorsitzende Günther H. Oettinger.

Frauen stellen etwa 52 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland. Jedoch gingen sowohl bei der vergangenen Landtags- als auch bei der Bundestagswahl deutlich weniger Frauen als Männer an die Urnen. Auffällig war das unterschiedliche Wahlverhalten

der Frauen, je nach Altersgruppe: Frauen über 60 Jahre sind nach wie vor die Hauptwählergruppe der CDU in Baden-Württemberg, so das Ergebnis der Wahlauswertungen. In der Gruppe der 30 bis 45 jährigen Frauen konnte die Union zwar auch zulegen, erreichte hier jedoch nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis.

Allerdings sei es für die CDU wichtig zu beachten, dass sie ihre Meinung rasch ändern. Zweitens würden Wähler mit zunehmendem Alter konservativer, erläuterte Viola Neu von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Entscheidend für das Wahlverhalten von Frauen sind Sympathien und Kompetenzen“, so die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Inge Gräßle. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg habe gezeigt, dass diese Faktoren für den Erfolg der CDU entscheidend waren. „Mit der Umsetzung des Kindergartengesetzes und der geplanten Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes verbessert die CDU die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Gräßle. Allerdings seien auch die klassischen CDU-Kernkompetenzen für Frauen bedeutend.

Vor allem gute Noten bei den Faktoren Wohlstand, Struktur und Standort haben das Saarland nach vorne gebracht. „Wirtschaftswachstum und Produktivität im Saarland liegen weit über dem Durchschnitt, die Steuerkraft hat zugenommen. Es gibt weniger Sozial- und Arbeitslosenhilfsempfänger und Bürokratie wird konsequent abgebaut“, begründete der Geschäftsfüh-

rer der Initiative, Tasso Enzweiler, das Ergebnis des Rankings.

Der Wirtschaftsminister des Saarlandes, Dr. Hanspeter Georgi, sieht in dem Ergebnis der Studie eine Bestätigung für die Politik seiner Regierung: „Wir fangen schon mal an“ ist seit kurzem der neue Slogan des Saarlandes. Uns freut es besonders, dass dieser Anspruch durch das Bundesländer-Ranking

sich schon jetzt so eindrucksvoll bestätigt.“ Das Bundesländer-Ranking bewertet die Entwicklung der Bundesländer nach den Faktoren Struktur, Standort, Wohlstand und Arbeitsmarkt. Erstmals fließen mit dem Messinstrument „Unternehmens-Performance“ auch konkrete Unternehmensdaten auf Basis von 15.000 Unternehmensabschlüssen in einen Ländervergleich ein.

Ausbildungsplätze: Trauriger Nachkriegsrekord!

Über 160.000 fehlende Ausbildungsplätze, 475.000 arbeitslose Jugendliche – so schlecht waren die Chancen junger Menschen in Deutschland noch nie! Gleichzeitig bleiben zunehmend freie Lehrstellen unbesetzt, weil die Schulabgänger nicht ausreichend qualifiziert sind.

Rot-Grünes Versagen auf Kosten der jungen Menschen

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Es muss gelingen, jedem Jugendlichen, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Die junge Generation darf beim Einstieg in das Berufsleben nicht alleingelassen werden.

Die Lösung: Eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung und eine Stärkung der Ausbildungsbereitschaft. Rot-Grün fehlen jedoch Ideen und Kraft, das Problem anzugehen. Stattdessen droht die Koalition mit einer Lehrstellenabgabe. Dieses bürokratische Monster wird die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ruinieren. Das ist der falsche Weg. Staatliche Programme wie z.B. „Jump“ kosten viel und helfen wenig.

Eine Gemeinschaftsaktion für mehr Ausbildungsplätze

- Politik und Wirtschaft müssen alle Kräfte aufbringen, um die Lehrstellenlücke zu schließen. Die Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben muss gestärkt werden. Deshalb sollte sich die Ausbildung wieder mehr an den beruflichen Erfordernissen orientieren. Der Meister soll die Gelegenheit erhalten, die Ausbildung stärker eigenverantwortlich im Betrieb zu organisieren.
- Wir fordern ein, zwei- und dreijährige Ausbildungsberufe – je nach Befähigung der Auszubildenden und der Notwendigkeit der Ausbildung. Jugendliche mit unterschiedlicher Begabung brauchen unterschiedliche Angebote. Damit alle gute Startchancen haben.
- Wir appellieren an die Betriebe, trotz aller Probleme bei den Ausbildungsplätzen noch einmal zuzulegen. Die Leistungsbereitschaft junger Menschen ist unsere größte Zukunftschance.

Wer den Wohlstand Deutschlands auch für die Zukunft sichern will, muss heute in Ausbildungsplätzen investieren. Dies ist sowohl ein wirtschaftliches als auch soziales Gebot.

Besser für die Menschen.



PETER GÖTZ:

Gemeindefinanzen seriös reformieren



Zu den angekündigten „Schnellschüssen“ von Rot-Grün zur Reform der Gemeindefinanzen erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In knapp drei Wochen will das rot-grüne Bundeskabinett Gesetzesvorlagen zur Reform der Gemeindefinanzen beraten. Nach jahrelangem Vertagen will die Regierung nun eine Schmalspurreform durchpeitschen. Dabei ist die Gemeindefinanzreformkommission erst in diesem Monat gescheitert.

Rot-Grün will mit der Gewerbesteuer mitten in einer schweren strukturellen Wirtschaftskrise die Substanz von Unternehmen besteuern – sogar wenn sie Verluste machen: noch mehr Pleiten und Arbeitslosigkeit sind vorprogrammiert.

Auch nach der Zusammenlegung von Arbeitslo-

sen- und Sozialhilfe will Rot-Grün weiterhin ein vierstufiges Hilfesystem beibehalten (Arbeitslosengeld I und II, Sozialhilfe und Grundsicherung): damit werden neue Verschiebebahnhöfe zwischen Bund und Kommunen geschaffen.

Schluss mit dem Pfusch!

Die Union hat einen besseren Vorschlag vorgelegt:

1. Soforthilfen durch Rücknahme der erhöhten Abtretung von kommunalen Gewerbesteuereinnahmen an Bund und Länder und einen befristeten höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer;

2. unverzüglich eine seriöse und umfassende Reform.

Die Reform muss Arbeit schaffen und nicht vernichten. Sie muss Erwerbslose fördern und fordern und nicht in erster Linie die „Stütze“ neu organisieren. Sie muss die riesigen Zukunftsprobleme der Kommunen anpacken, die Rot-Grün einfach ausklammern will:

■ Die Eingliederungshilfen für Behinderte kosten die Kommunen heute schon mehr als die eigentliche Sozialhilfe. Das gehört auf die Tagesordnung!

■ Die Grundsicherung hat eine riesige Wachstumsdynamik. Weg mit diesem für

die Gemeinden ruinösen Gesetz!

■ Die rot-grüne Bundesregierung schafft immer neue Aufgaben mit riesigen Kosten für die Kommunen. Auch damit muss Schluss sein: Es muss der Grundsatz gelten „wer bestellt, bezahlt!“

GERDA HASSELFELDT:

Nicht Abwarten sondern **Handeln!**



Anlässlich der zu erwartenden schweren trockenheitsbedingten Ernteeinbußen zu Lasten der landwirtschaftlichen Betriebe fordert die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach Schätzungen des Bauernverbandes werden die diesjährigen dürrebedingten Ertragsausfälle einen Umfang einnehmen, der größer zu werden droht als der letztjährige Flutschaden. Aufgrund der bisheri-

gen Ernteberichte müsse mit einer Ertragsminderung von bis zu einer Milliarde Euro gerechnet werden.

Umso grotesker mutet es in dieser extremen Situation an, Diskussionen um die Kürzung von Dieselbeihilfen zu führen. Unverständlich ist vor allem, dass Frau Künast immer wieder verkündet, es sei zu früh zu handeln und Maßnahmen zu ergreifen. Die Äußerung der Agrarministerin, Zahlen vorzulegen, hilft den ohnehin gebeutelten Landwirten wenig: Abwarten, bis die Beamten gerechnet haben, kann für einige der in ihrer Existenz bedrohten Betriebe zu spät sein!

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung daher auf, gemeinsam mit den Ländern ein konkretes und unbürokratisches Notprogramm vorzulegen. Als Hilfsmaßnahmen kommen zum Beispiel in Betracht:

- Vorziehen von Ausgleichszahlungen und Prämien,
- Bereitstellen von Sonderkreditprogrammen,
- Stundung oder Verschiebung von Steuern,
- Bereitstellung von Mitteln für Soforthilfen im Bundeshaushalt.

Darüber hinaus sollte sich Frau Künast in Brüssel dafür einsetzen, für Ende des

Jahres geplante Beihilfe- und Prämienzahlungen vorzuziehen.

Schnelles und unbürokratisches Handeln ist jetzt gefragt – eine Vorgehensweise, die unserer sonst in ihrer Regelungswut kaum zu bremsenden Verbraucherschutz- und Agrarministerin doch liegen müßte.

URSULA HEINEN:

Verbraucherministerium überzieht maßlos



Zum vom Verbraucherministerium angestrebten Verbot von Kaugummi- und Schokoladenzigaretten erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „

Die neueste Idee vom Bundesverbraucherministerium, die Herstellung von bestimmten Süßigkeiten zu verbieten, ist völlig überzogen. Mit Produktionsverboten mündet Verbraucher-

schutz in der totalen Bevormundung der Verbraucher, von Schutz kann da keine Rede mehr sein, und vom Leitbild des mündigen Verbrauchers erst recht nicht.

Eltern haben Recht auf Selbstbestimmung

Es ist nach wie vor Entscheidung der Menschen selbst, was sie kaufen. Gerade Eltern tragen hierbei Verantwortung für ihre Kinder. Und Eltern müssen mit ihrer Erziehung dafür sorgen, dass Kinder eben nicht auf jedes Angebot hereinfallen und ihre Lebensweisen an ungesunden Lebensmitteln ausrichten.

Was ist das Ziel des Verbraucherministeriums: Wird nun als nächstes eine Bestandsaufnahme mit nachfolgendem Verbot aller unerwünschten Lebensmittel und Spielzeuge erfolgen? Gummibärchen in Colaflaschen-Form, Wasserspielzeugpistolen – steht das alles auf der Abschlussliste? Angeblicher Kinderschutz statt Verbraucherschutz?

Den obersten Verbraucherschützern sind wohl die Themen ausgegangen. Weil Frau Künast mit Äußerungen wie zum Preisdumping Eigentore landet, mit der Agrarpolitik im Inland kei-

nen Stich machen kann und bei anderen wichtigen Fragen in der Regierung nichts zu melden hat, tummelt das Ministerium sich nun auf Nebenschauplätzen. Während reihenweise die Häuselbauer in die Röhre gucken, weil die zur Finanzierung gedachten Lebensversicherungen wegen der Aktienverluste an Wert verlieren, kümmert sich das Verbraucherministerium um Kaugummi in außergewöhnlichen Verpackungen.

Unsere Bitte:

Mehr Vertrauen in die Menschen, mehr Humor für die kleinen Freuden des Alltags und mehr ernsthaftes Engagement für die wichtigen Fragen des Lebens!

KATHERINA REICHE:

Abgaben verhindern neue Ausbildungsplätze



Zur Drohung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Franz Mün-

tefering, eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen zu beschließen, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche:

Die fortgesetzten Angriffe und Drohungen von Vertretern der Bundesregierung und der Koalition gegen Unternehmen in Deutschland sind der billige Versuch, vom eigenen Versagen abzulenken. Hier soll der Sündenbock für die dramatische Situation bei den Ausbildungsplätzen allein der Wirtschaft zugeschoben werden. Die Aussagen haben die Grenze zur politischen Erpressung teilweise überschritten.

Kostenenkung wird konterkariert

Offenbar hat sich die Bundesregierung bereits zur Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe ab dem Jahr 2004 entschlossen. Mit den finanziellen Belastungen einer solchen Abgabe wird die Absicht, Kosten zu senken, konterkariert. Dies kann für zahlreiche Unternehmen das Aus bedeuten. Gleichzeitig kommt es erneut zu einer Ausweitung des bürokratischen Auf-

wands. Die Erfahrungen in der Bauindustrie zeigen zudem, dass trotz einer solchen Abgabe nicht mehr Ausbildungsplätze entstanden sind.

Letztlich werden durch eine Ausbildungsplatzabgabe vorwiegend außerbetriebliche Ausbildungsplätze entstehen, die für die Jugendlichen kaum Beschäftigungschancen bieten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Weg zur Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes und Stärkung des ersten Ausbildungsstellenmarktes über eine Modernisierung der Ausbildungsordnungen, über eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanzpolitik sowie über eine Senkung der Lohnnebenkosten zu suchen.

Auch die Absenkung der Entgelte für Auszubildende ist ein möglicher Weg, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ich fordere die Koalition auf, ihren wirtschaftsfeindlichen Kurs zu beenden. Statt auf dem Rücken derjenigen, die verzweifelt eine Lehrstelle suchen, durchschaubare Ablenkungsmanöver zu betreiben, muss die Koalition endlich die Rahmenbedingungen zu Gunsten von mehr Ausbildung in Deutschland verbessern.

NRW verliert den Anschluss

Ein „frostiges“ Wirtschaftsklima bescheinigt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Hartmut Schauerte, dem Standort Nordrhein-Westfalen.

Dies belegt auch eine Studie, die NRW mit den westdeutschen Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen vergleicht. Sowohl bei dem realen Wachstum, der Entwicklung der Arbeitslosigkeit als auch bei der Lage der öffentlichen Haushalte verliert das rot-grün regierte Land an Boden. Als einziges Land im Vergleich musste NRW in 2002 eine schrumpfende Wirtschaftsleistung hinnehmen. Mit -0,2 Prozent erreichte das Bruttoinlandsprodukt den schlechtesten Wert der vergangenen zehn Jahre. Zum Vergleich: Baden-Württemberg (0,1%), Niedersachsen (0,3%) und Bayern (0,6%) konnten alle bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zulegen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in NRW ähnlich düster wie das Wirtschaftswachstum. Mit 905.000 Arbeitslosen im März 2003 waren rund 100.000 Menschen mehr

ohne Job als im Vorjahresmonat. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen um 12,3 Prozent binnen Jahresfrist gestiegen. Eine Besserung ist auch hier nicht in Sicht.

Unions-Länder vermitteln mehr Arbeitslose

Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen pro 100.000 Einwohner ist im Ländervergleich ebenfalls die niedrigste. Während im Jahr 2002 in Bayern und Baden-Württemberg rund 7000 und 6300 je 100.000 Arbeitslose vermittelt werden konnten, waren es in Nordrhein-Westfalen nur 4800. Die unionsregierten Länder haben nach den Daten der MIT demnach auch in der Vermittlung die Nase vorn.

Deutliche Unterschiede weisen die Länder auch bei der Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf. Während in Baden-Württemberg 1.792 und in Bayern 2.283 Unternehmen Insolvenz anmelden mussten, waren es in NRW im Jahr 2002 genau 6.182.

Die Situation der öffentlichen Haushalte in NRW ist

desolat. In 2001 lag die Pro-Kopf-Verschuldung im bevölkerungsreichsten Bundesland bei 6.178 Euro. In Baden-Württemberg haben Land, Kommunen und Zweckverbände 3.741 Euro Schulden pro Einwohner gemacht. Auf jedem Bayern lastet mit 2.612 Euro weniger als die Hälfte der Schulden eines Nordrhein-Westfalen.

Unterschiedliche Innovationskraft

Bei der Innovationskraft setzt sich diese Tendenz fort. Bayern und Baden-Württemberg haben bei den Patentanmeldungen im Jahr 2002 mit zusammen über 50 Prozent eine klare Spitzenposition inne. Beide Länder konnten die absolute Zahl der Patentanmeldungen nochmals steigern. Lediglich in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hat die Zahl der Patentanmeldungen in 2002 deutlich abgenommen.

Insgesamt zeigt die Studie der MIT eindrucksvoll, dass es die unionsgeführten Länder sind, die bei allen Wirtschaftskennzahlen die Spitzenplätze belegen.

DAS DEUTSCHE INSTITUT für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet erst zum Jahreswechsel mit einer Belebung der Wirtschaft. Die derzeitige Stagnation sei tiefgreifend und nur schwer zu überwinden, sagte Gustav Adolf Horn, Leiter der Abteilung Konjunktur des DIW. Positiv habe die angekündigte Steuer-senkung gewirkt, dieser Optimismus sei aber durch die unsichere Frage der Gegenfinanzierung gefährdet.

FAST ZWEI DRITTEL der Deutschen befürworten nach einer Umfrage eine Entschädigung der Landwirte für die von der dies-jährigen Dürre verursachten Ernteausfälle. In einer Umfrage des Nachrichtenmagazins „Focus“ sagten 65 Prozent der Befragten Ja zu Entschädigungszahlungen des Staates. 31 waren dagegen.

DIE BELASTUNG für Single-Haushalte durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ist seit den 70er Jahren dramatisch gestiegen. 1970 machten bei einem Ledigen mit einem Durchschnittseinkommen (derzeit 27.060 Euro) die Belastungen noch 38,1 Prozent des Bruttoeinkommens aus. Im Jahr 2003 sind es

50,3 Prozent. Dies ist das Ergebnis der Studie „Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne und Gehälter“ des Karl-Bräuer-Instituts.

44 482 PRIVATPERSONEN haben im vergangenen Jahr Insolvenz angemeldet. Dies geht aus aktuellen Zahlen der Bundesregierung hervor. Damit hat sich die Zahl der Privat-Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Damals waren es lediglich 13 277 Privat-Insolvenzen.

NACH DEN MASSIVEN Ernteausfällen infolge des trockenen Wetters fordern die Bauern eine Versicherung gegen Dürre, Dauerregen und andere extreme Wettererscheinungen. Die Häufung solcher Wetterextreme in den vergangenen Jahren habe viele Betriebe in finanzielle Not gebracht, sagte der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, Heinz Christian Bär in der vergangenen Woche. Bisher können sich Bauern nur gegen Ernteeinbußen wegen Hagels versichern. An der Prämie für eine private „Mehrfahrenversicherung“ solle sich auch der Staat beteiligen. In mehreren EU-Ländern und den USA gebe es sie bereits.

DIE KONJUNKTURERWARTUNG der Verbraucher blieb auch im Juli weiter negativ. Nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumentenforschung stieg der Index zwar um 2,6 Punkte, ist mit minus 12,7 jedoch weiter negativ. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet erst zum Jahresende mit einer Belebung. Der Studie zufolge hat die Kauflust zuletzt stark nachgelassen.

DIE NACHFRAGE nach der Riester-Rente ist einer Studie zufolge gering und gefährdet die künftige Altersvorsorge weiter Teile der Bevölkerung. Wie aus einer am Mittwoch in Berlin veröffentlichten Umfrage im Auftrag des Deutschen Institutes für Altersvorsorge hervorgeht, ist die Zahl der Riester-„Verweigerer“ im ersten Halbjahr 2002 von 68 auf 70 Prozent angestiegen. Nur 15 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 Jahren habe sich inzwischen für eine Riester-Rente entschieden. Die Zahl derer, die einen Abschluss planten, sei in den letzten sechs Monaten von 16 auf 14 Prozent gesunken. Angesichts dieser Zahlen spricht das Institut von einem Scheitern der Riester-Reform.

Broschüre „Jeder kann etwas bewegen.“
Angela Merkel

Bestell-Nummer: 5942
Preis je 100 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €



Broschüre „Die CDU.“
Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: 5076
Preis je 50 Stück: 18,50 €
inkl. MwSt.: 19,80 €

Aufnahmeantrag
mit abtrennbarem Abfragebogen
für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: 6719
Preis je 200 Stück: kostenlos



**Service-Scheckheft
der CDU Deutschlands
zur Mitgliederkampagne**

Bestell-Nummer: 9075
Preis je 50 Stück: 15,75 €
inkl. MwSt.: 18,27 €



**Leitfaden
„Kampagne Mitgliederwerbung“**

Bestell-Nummer: 4019
Preis je 25 Stück: 14,50 €
inkl. MwSt.: 15,52 €



Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln, kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikeln bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: 9026

Preis je 5 Stück: 7,50 €
inkl. MwSt.: 8,70 €

NEU



Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: 9028

Preis je 1 Set: 4,40 €
inkl. MwSt.: 5,10 €



Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: 9027

Preis je 1 Stück: 3,60 €
inkl. MwSt.: 4,18 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

NEU



Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus:
Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern

Bestell-Nummer: 9025

Komplettpreis: 6,00 €
inkl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen.
(Siehe Seite 15)

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de